

"Huch, das Volk soll abstimmen" in Die Zeit (29. April 2004)

Quelle: Die Zeit. 29.04.2004, Nr. 19. Hamburg.

Urheberrecht: (c) Die Zeit

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"huch_das_volk_soll_abstimmen"_in_die_zeit_29_april_2004-de-6126b65d-119e-4f02-9ed7-2a420dfdc046.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Europa Für Das Volk

Huch, das Volk soll abstimmen

Zwischen EU-Erweiterung, Verfassung und Europawahl betritt ein neuer Akteur die Bühne: Der Bürger

Von Jan Ross

Das Volk, die Völker sind auf einmal mit im Spiel. Schockartig ist der britische Referendumsplan in die Expertenwelt des EU-Verfassungsprojekts hineingefahren und droht alles zu verderben. Mitleid haben die Betreiber und Namensgeber des Unternehmens nicht verdient. Von einer Verfassung spricht man nicht ungestraft so leichtthin, einfach nur zur Hebung des europäischen Pathosniveaus und damit die Autoren des Textes sich ein bisschen wie die amerikanischen founding fathers von 1787 fühlen können. Man hat den Mund zu voll genommen mit dem V-Wort; es gibt nicht nur kein europäisches Staatsvolk, es gab vor allem kein konstitutionelles Bedürfnis, keinen auch nur annähernd allgemeinen Ruf nach dieser Art Gründungstat und Gründergeste über die zweckmäßigen Vertragsreformen hinaus. Boshaft, aber nicht ohne Scharfsicht, hat Ralf Dahrendorf zum Vergleich auf Lateinamerika als „Friedhof der Verfassungen“ hingewiesen, nach denen niemand verlangt hat, die nichts bedeuten und die rasch wieder vergessen sind. Der Scheinkonstitutionalismus hat etwas Bananenrepublikanisches. Aber auch der Scheinkonstitutionalismus, wenn er denn beim Wort genommen wird, kann Ängste vor einem Superstaat wecken. Damit haben wir nun zu tun.

Die Verfassungsidee ist nicht der einzige Anlass für Rebellion oder Missstimmung. Gerade haben die Zyperngriechen den EU-gestützten Vereinigungsplan für die Insel verworfen. Beim Thema Osterweiterung wird im Westen vor allem an Kriminalität, unerwünschte Einwanderung, Lohn- und Steuerdumping gedacht. Der Europa-Frust ist europäische Normalität, fast schon Folklore; man schimpft über Brüssel wie in den Vereinigten Staaten über Washington - ein Kalter Krieg zwischen Volk und Eliten, in dem die Fronten seit langem stabil sind. Aber dies ist ein besonderer Augenblick, in dem sich die EU den Teller reichlich voll geladen hat, nicht nur mit dem Verfassungsprojekt und den zehn neuen Mitgliedern, auch mit der Türkei-Frage und dem recht unverdaulichen Brocken Irak. Das zu einer Zeit, da die Euro-Zone von allen Weltregionen das kümmerlichste Wachstum hat und hartnäckig hohe Arbeitslosenquoten. Könnte es den Leuten doch irgendwann zu viel und zu unheimlich werden mit diesem Europa, das Eis zu dünn, auf dem der Integrationstreck in immer weniger überschaubare Weiten davonzieht?

Es gibt eine Denkschule, nach der es bei europäischen Angelegenheiten auf das Volk eigentlich gar nicht ankommt. Walter Hallstein, der erste Präsident der 1957 gegründeten „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“, der Vorgängerin der EU, wollte sich auf die „Sachlogik“ verlassen, eine anonyme Automatik, die den Integrationsprozess vorwärts treibt: Wer erst einmal einen gemeinsamen Markt hat, braucht auch eine Währungsunion, dann müssen Finanz- und Wirtschaftspolitik harmonisiert werden, schließlich, weil alles mit allem zusammenhängt, auch die Außen- und Sicherheitspolitik. Zu so einem naturgesetzlich abschnurrenden Europa-Uhrwerk dürfte sich heute keiner mehr bekennen, jedenfalls nicht öffentlich; dass man nicht „bürgerfern“ sein soll, haben alle gelernt. Aber dass das Notwendige geschehen muss und die Bürger sich am Ende schon daran gewöhnen werden, ist eine typische europapolitische Haltung geblieben. Helmut Kohl hat den Euro gewollt und durchgesetzt, obwohl er wusste, dass die D-Mark der Deutschen liebstes Kind war. Der Erfolg hat ihm Recht gegeben, die Gemeinschaftswährung ist zur Selbstverständlichkeit geworden, viel schneller, als die meisten dachten. Die Sache mit dem „Teuro“ hat man allerdings auch nicht vergessen und ist nun noch ein bisschen misstrauischer, wenn in Brüssel „historische Schritte“ unternommen werden.

Was die Europäer von der EU wirklich halten, ist nicht leicht herauszufinden, und was die scheinbar objektive Demoskopie liefert, ist widersprüchlich. Die Europäische Kommission fühlt der Bevölkerung regelmäßig den Puls, mit einem langen Fragenkatalog im „Eurobarometer“. Das Vertrauen in die Europäische Union, stellt man fest, vielleicht verblüfft, ist im Durchschnitt höher als das in die nationalen Parlamente und Regierungen, und in fast allen Ländern, einschließlich Großbritanniens, findet die Mehrheit das Integrationstempo zu langsam. Dieselben einigungsfreudigen Bürger, die mit ihren Einzelstaaten derart

unzufrieden sind, wollen dann aber zugleich in überwältigender Überzahl das nationale Vetorecht beibehalten wissen, dieses Machtinstrument der eben noch so verachteten Regierungen und den Schrecken aller wahren Europa-Enthusiasten.

Man kann das Glas der Europhilie halb voll oder halb leer nennen. Unzweifelhaft allerdings ist der Pegel in den vergangenen Jahren gesunken. Zum ersten Mal seit dem Frühjahr 2000 fanden im Herbst 2003 knapp weniger als 50 Prozent der Befragten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes „eine gute Sache“. Besonders deutlich ist der Stimmungseinbruch in den Gründerstaaten der Gemeinschaft, mit geradezu dramatischen Abstürzen in Deutschland und in den Beneluxländern, mit historisch rekordverdächtigter Lustlosigkeit in Frankreich und Italien. Das alte, vertraute Europa gibt es nicht mehr, und dem neuen sehen die Alteingesessenen mit besonderer Unruhe entgegen.

Klarer als die europapolitische Volksstimmung ist die europapolitische Angst der Regierenden vor ihren Völkern. In Frankreich, wo die Osterweiterung unbeliebt und der Türkei-Beitritt ein explosives Thema ist, will die Regierung ein Verfassungsreferendum vermeiden und hat dafür eine euroideologische Begründung erfunden: Man müsse es, als Zeichen der Verbundenheit und im Vorgriff auf eine gemeinsame Zukunft, so machen wie die Deutschen, also parlamentarisch, zur Verstärkung des Symbolgehalts womöglich noch am selben Tag in Paris und Berlin. Es ist die offenkundige Verlogenheit solcher Manöver, das Doppelspiel von hohler Gebärde und obrigkeitlicher Schummelei, die einem „Europa“ im offiziellen Brüsseler Sinn in der Tat verleiden kann.

Nicht viel besser steht es mit der Idee eines europaweiten Verfassungsreferendums, die, obwohl unrealistisch, in der Bundesrepublik eine gute Presse hat, weil sie nicht so unangenehm populistisch und nationalistisch klingt. Eine europäische Volksabstimmung setzt genau jenes europäische Volk voraus, an das die Verfassungsgegner nicht glauben oder zu dem sie nicht gehören wollen. Es ist ja gerade die Furcht vor dem Ende der nationalen Souveränität, die den Kern der Euro-Skepsis ausmacht, und diese Furcht lässt sich nicht durch supranationale Plebiszite vertreiben, in denen Finnen und Spanier entscheiden, dass die Engländer keine Angst vor einem europäischen Superstaat haben müssen.

Das Volks- und Völkergrummeln gegen die EU ist also ganz etwas anderes und viel tiefer reichend als die Klage über das schon redensartliche „Demokratiedefizit“ der Union, die angeblich von unkontrollierbaren Ministerräten und Kommissionsbürokratien beherrscht wird. Wer „Demokratiedefizit“ sagt, will mehr Rechte für das Europaparlament oder womöglich Volksentscheide der Unionsbürger, er will jedenfalls mehr europäische Demokratie und operiert im Rahmen der Vergemeinschaftungsphilosophie. Die Demokratisierung der EU mag ein nobles, vielleicht auch nützliches Unterfangen sein. Aber es wird den nicht beruhigen, der das Projekt Europa insgesamt als monströs, als Turmbau zu Babel empfindet.

Das Problem der europapolitischen Orthodoxie liegt darin, dass sie für solche Gefühle gar kein Wahrnehmungsorgan und daher zur Antwort auch keine Sprache hat. Es fehlt der Sinn für die Unselbstverständlichkeit des eigenen Tuns, warum eigentlich immer weitere „Vertiefung“ der Gemeinschaft, Souveränitätsverzicht, „ever closer union“ - das wird alles letztlich schon vorausgesetzt und höchstens rhetorisch mit PR begründet, nach außen, für die Dummen. Nicht dass er volksfern oder kompliziert wäre, ist der Hauptfehler des Euro-Diskurses, sondern das Ausweichen vor dem Schwierigen und Fundamentalen, die intellektuelle Zweitklassigkeit. Als der Giscard-Konvent im vorigen Sommer seinen Entwurf für einen EU-Verfassungsvertrag vorgelegt hatte, kam der Economist mit einem Titelbild heraus, der das Urteil des britisch-kosmopolitischen Magazins über den Textvorschlag sinnfällig machte. Es zeigte einen Papierkorb und darüber die Schlagzeile: „Wo Europas neue Verfassung abgelegt gehört“. Noch Wochen später konnte man von Integrationsfreunden Äußerungen der fassungslosen Empörung über diese Frechheit hören. Die Polemik wurde gar nicht als Herausforderung begriffen, als Fehdehandschuh, der aufzunehmen war, sondern als Majestätsbeleidigung. Mit so wenig Sportsgeist ist es schwer, auf widerspenstige Völker Eindruck zu machen.

Das Merkwürdige bei alledem ist, dass „Europa“ gleichzeitig wieder einen Klang hat, ein Spannungsmoment, dass man davon etwas erwartet, zum ersten Mal seit 1989, als die Revolutionäre im Ostblock und ihre Völker „nach Europa“ heimkehren wollten. Dass die Anschläge vom 11. März in Madrid

einen „Angriff auf Europa“ darstellten, wie manche Zeitungen titelten, war mehr als eine Floskel; man fühlte sich anders „gemeint“ als durch die Bomben von Casablanca oder Istanbul. Der Irak-Krieg hat die Regierungen der EU gespalten, das Phänomen Bush aber dem Kollektiv Europa einen gewaltigen Identitäts- und Harmonisierungsschub gegeben - gemeinsam nicht amerikanisch zu sein ist offenbar eine starke verbindende Kraft. Das Wir-Gefühl wird zum Schlüssel für die Frage nach einer türkischen Mitgliedschaft und überhaupt nach den Grenzen der EU: Wo ist Schluss mit der Erweiterung, wo beginnt eine andere Welt, der gegenüber wir eben - Europäer sind?

Das alles ist unausgegoren, bloß Rohmaterial einer möglichen europäischen Politik. Es gibt beim vielen Räsonieren über Identität eine Chauvinismusgefahr, den Hang, Europa als Trutzburg anzulegen, defensiv und übellaunig, gegen die Türkei, gegen Amerika, gegen einen internationalen Kapitalismus, vor dem man das eigene Sozialmodell verzweifelt bewahren möchte. Es ist die Paradoxie des historischen Augenblicks, dass Europa zur Abwehr dieser Selbstgefährdung nichts so sehr braucht wie die Teilnahme Großbritanniens - der sturen, individualistischen, erzliberalen und urdemokratischen Insel, der atlantisch und global orientierten alten Seemacht, mit der ein festungsartiger Brüsseler Zentralismus nie und nimmer zu machen sein wird. Vielleicht wird die Chance vertan, wenn das Vereinigte Königreich sich beim Verfassungsreferendum faktisch aus der EU verabschieden sollte. Aber umgekehrt wäre nichts ein besseres Omen für Europa, als wenn es die Briten überzeugen könnte.